

Änderung der Tagesordnung: Klimaschutz bitte schon am Samstag auf die Tagesordnung!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 11. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (KV Kiel)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Das Thema Klimaschutz soll laut bisherigem Vorschlag zur Tagesordnung erst am Sonntag
- 2 behandelt werden. Erfahrungsgemäß gibt es am Sonntag die geringste mediale Aufmerksamkeit
- 3 und es ist der Tag, an dem nach und nach auch die Delegierten abreisen.
- 4 Daher sollte unser Kernthema Klimaschutz, das in den nächsten Jahren unsere Gesellschaft wie
- 5 auch unsere Partei notwendigerweise stärker als alle anderen Themen prägen wird, einen
- 6 bedeutungsvolleren Platz auf unserer Tagesordnung bekommen. Angemessen wäre eine
- 7 Behandlung
- am Samstag, idealerweise direkt nach den Wahlen zum Bundesvorstand.

Begründung der Dringlichkeit

Durch einen am 25.10. fristgerecht eingereichten Änderungsantrag zur Tagesordnung und Überweisung mehrerer Satzungsanträge ergäbe sich, so diesem Änderungsantrag gefolgt wird, ein freies Zeitfenster am Samstag. Der Änderungsantrag wurde so knapp vor dem Fristende für Änderungsanträge eingereicht, dass eine Reaktion darauf erst nach Fristende für fristgerecht eingebrachte Änderungsanträge erfolgen konnte.

Begründung

Mit unserem Kernthema Klimaschutz werden wir öffentlich besonders stark positiv verbunden und schneiden bei Wahlen erfreulich stark ab, weil wir zutreffend als sehr kompetent und authentisch wahrgenommen werden. Um diesen Anspruch auch im Rahmen des Bundesparteitages zu erfüllen, sollte dieses unfassbar wichtige Thema einen bedeutungsvolleren Platz auf der Tagesordnung erhalten. Denn es wird entscheidend sein, wie mutig wir Grüne uns bei dieser Frage positionieren und wie gut und wie schnell es uns danach gelingen wird, unsere Gesellschaft auf dem Weg in das klimaneutrale Zeitalter zu begleiten.

weitere Antragsteller*innen

Beatrice Paulsen (KV Hamm); Nico Paulus (Rastatt/Baden-Baden KV); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Felix Uthoff (KV Frankfurt); Judith Bogner (KV Mühldorf); Christoph Gerhards (KV Leipzig); Nabihha Ghanem (KV Soest); Kerstin Daser (KV Mühldorf); Tanja Frank (KV Soest); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Jan Hülsemann (KV Soest); Kurt Reuter (KV Stormarn); Stephan Wiese (KV Stormarn); Susanne Möller (KV Hamm); Gilbert Sieckmann-Joucken (KV Segeberg); Eveline Kuhnert

(KV Günzburg); Bernd Gottwald (KV Soest); Dietmar Gosch (KV Stormarn); Cordula Ungruh (KV Soest); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Der Brexit zeigt: Der Kampf für Europäische Einigkeit ist wichtiger denn je



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 11. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir GRÜNE sind eine europäische Partei und die Partei des europäischen Zusammenhalts. Umso
- 2 schmerzhafter war für uns die Entscheidung einer Mehrheit der britischen Wähler*innen in
- 3 2016, die Europäische Union verlassen zu wollen.
- 4 Die EU hat sehr geschlossen eine gemeinsame Position formuliert und seitdem zwei
- 5 Austrittsabkommen mit den britischen Regierungen verhandelt. Dabei lag und liegt nach wie
- 6 vor das Modell Norwegen auf dem Tisch.
- 7 Einerseits ging es in dem Austrittsvertrag darum, die Rechte der nicht-britischen EU-
- 8 Bürger*innen im Vereinigten Königreich und der britischen Bürger*innen in der EU zu sichern,
- 9 die offenen britischen Zahlungen für den EU Haushalt zu klären, und eine Übergangsphase zu
- 10 finden, während derer beide Seiten sich auf eine zukünftige Partnerschaft einigen.
- 11 Andererseits war und bleibt die zentrale Aufgabe, den Frieden auf der irischen Insel und
- 12 gleichzeitig den Binnenmarkt zu sichern. Denn jedes Abkommen, das eine harte Grenze - also
- 13 Grenzkontrollen auf der irischen Insel - herbeigeführt hätte, würde den fragilen Frieden in
- 14 Nordirland nach dem Karfreitagsabkommen gefährden.
- 15 Gleichzeitig war klar, dass Lösungen für die irische Frage mit großen Risiken für den
- 16 Binnenmarkt verbunden sind. Keine europäischen Gesetze und Standards für Nordirland,
- 17 trotzdem totaler Zugang zum Binnenmarkt - dies wären beste Voraussetzungen für das Sozial-,
- 18 Umwelt- und Steuerdumping, das Brexiteers wie Boris Johnson regelmäßig ankündigen.
- 19 Wir haben die Verhandlungslinie der EU immer unterstützt, aber nach wie vor gilt: Eine
- 20 verantwortungsvolle britische Regierung hätte Lösungen für diese zentralen Probleme
- 21 erarbeitet, bevor sie überhaupt ein Referendum durchgeführt hätte. Stattdessen haben Anti-
- 22 Europäer*innen und die Leave-Kampagne ein Klima aus Hass und Misstrauen erzeugt, das die
- 23 britische Gesellschaft gespalten hat. Mit dieser Kampagne aus Lügen, Halbwahrheiten und
- 24 Fehlinformationen wurde das Referendum gewonnen, die gesplante Gesellschaft und das Klima
- 25 aus Hass und Misstrauen bleiben bis heute. Wir fordern die britische Regierung auf, endlich
- 26 Brücken zu bauen, keine Lügen mehr über die EU und den Austritt zu verbreiten,
- 27 Hassverbrechen zu verurteilen und weiter gegen Rassismus, sei es durch Politiker*innen, der
- 28 Presse oder einzelner Bürger*innen, vorzugehen.
- 29 Nachdem das britische Unterhaus den Zeitplan für die Ratifizierung des aktuellen
- 30 Austrittsvertrags abgelehnt und die Beantragung der Verlängerung bis Ende Januar 2020 gegen
- 31 Johnson durchgesetzt hatte, hat der Rat nun ein drittes Mal beschlossen, das Austrittsdatum

32 zu verschieben. Wir begrüßen diese Entscheidung, da sie den Willen des Parlaments
33 widerspiegelt. Durch die jetzt vorgesehenen Neuwahlen am 12. Dezember kann wieder
Bewegung
34 in die vertrackte Situation kommen.

35 Mit dem zweiten Austrittsvertrag ist die EU Boris Johnson weit entgegengekommen und große
36 Risiken eingegangen.

37 Das nun verhandelte Austrittsabkommen sieht nämlich keinen Backstop mehr vor - also eine
38 Absicherungspolicy, falls für die Frage der zukünftigen Zoll- und Binnenmarktbestimmungen,
39 die eine harte Grenze auf der irischen Insel verhindern sollen, keine Lösung gefunden würde.
40 Stattdessen wurde für Nordirland nun eine permanente Lösung gefunden, die vorsieht, dass
41 Nordirland rechtlich Teil des UK- Zollgebietes ist, de facto aber Teil der EU-Zollunion ist.
42 Diese Aufteilung in de jure und de facto Regelungen ist ein großes Zugeständnis der EU an
43 Großbritannien und birgt große Risiken für die Zollunion und den Binnenmarkt.

44 Dies gilt mit Blick auf die Zollunion in zweifacher Hinsicht. Erstens besteht beim Import
45 die Gefahr einer Unterwanderung von EU-Zöllen. Die Unterscheidung in Güter für Nordirland
46 und für den Rest der EU kann zu großer Bürokratie führen oder zu Lasten der EU umgesetzt
47 werden. Dies muss verhindert werden und bei den Kontrollen sichergestellt werden, dass
48 regelmäßige, unangekündigte EU-Kontrollen stattfinden können. Dafür müssen alle
49 Überwachungsinstrumente - zum Beispiel bei der Kontrolle der Zollbestimmungen - genutzt
50 werden und bei Fehlverhalten eindeutige Konsequenzen gezogen werden. Zweitens wurde der
51 Export nicht eindeutig geklärt. Es besteht deswegen die Gefahr, dass für den Export von
52 Waren die Verlagerung des Firmensitzes nach Nordirland lukrativ sein kann, um zum Beispiel
53 US-amerikanische Strafzölle auf Stahl und Aluminium zu umgehen. Hier muss eine Regelung
54 gefunden werden, die Nordirland für den Export rechtlich und de facto als Teil der EU-
55 Zollunion sieht.

56 Mit Blick auf das so genannte Level Playing Field, also ein fairer Wettbewerb, der Umwelt-
57 und Sozialstandards respektiert und nicht in eine Dumping-Spirale mündet, findet sich eine
58 Verpflichtung nur in der rechtlich nicht bindenden politischen Erklärung.

59 Falls dieser Vertrag jemals im britischen Unterhaus ratifiziert wird, müssen sowohl die
60 Kommission als auch die Bundesregierung erstens bei dessen Umsetzung darauf hinwirken,
dass
61 Nordirland nicht zu einer Sonderwirtschaftszone und zusammen mit Großbritannien nicht
62 Steueroase wird, in der europäische Zoll- und teilweise Binnenmarktregeln umgangen und
63 unterminiert werden können. Zweitens müssen dann für die Verhandlungen über die
zukünftigen
64 Beziehungen mit Großbritannien als erstes die Sozial- und Arbeitnehmerrechte wieder auf die
65 Tagesordnung. Beim Level Playing Field, also dem fairen Wettbewerb, darf es keine Abstriche
66 geben. Umwelt- und Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutz für EU
67 Bürger*innen müssen dynamisch angepasst werden.

68 Die größten negativen Konsequenzen sowohl für das Vereinigte Königreich, den Frieden in
69 Nordirland, als auch die EU hätte ein No-Deal-Brexit.

70 Falls - wie Mays Deal - auch dieser Austrittsvertrag nie ratifiziert wird, muss klar sein:
71 Weitere Zugeständnisse in Richtung Schwächung des Binnenmarktes darf die EU in weiteren
72 Verhandlungen nicht machen.

73 Wir glauben weiter: Wer in dieser schwierigen Situation eine Lösung für den Brexit finden
74 will, sollte die Frage an die britische Bevölkerung zurückgeben. Wir akzeptieren kein
75 weiteres populistisches Gegeneinanderausspielen von Bevölkerung gegen Parlament, wie
Johnson
76 es in den letzten Wochen massiv betrieben hat. Die liberale Demokratie müssen wir gemeinsam
77 verteidigen.

78 Nach dem Referendum ist im Vereinigten Königreich die größte pro-europäische
79 Bürger*innenbewegung des ganzen Kontinents entstanden. Viele Millionen Menschen sind auf
die
80 Straße gegangen, um für Bürger*innenrechte zu demonstrieren und darum, bei der Brexit-
81 Entscheidung das letzte Wort in einem Referendum zu haben.

82 Wir stehen fest an der Seite dieser Bürger*innenbewegung. Wir werden auch weiter diejenigen
83 unterstützen, die für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union
84 kämpfen.

85 Sollte es doch zu einem Brexit kommen, dann werden wir vom ersten Tag danach diejenigen
86 unterstützen, die sich im Vereinigten Königreich für einen Wiedereintritt in die EU
87 engagieren. Wir werden die britischen Bürger*innen nicht aufgeben und weiter für sie und
88 ihre Rechte auch nach dem Brexit kämpfen.

Begründung der Dringlichkeit

...

Der Brexit zeigt: Der Kampf für Europäische Einigkeit ist wichtiger denn je



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 11. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir Grüne sind eine europäische Partei und die Partei des europäischen Zusammenhalts. Umso
- 2 schmerzhafter war für uns die Entscheidung einer Mehrheit der britischen Wähler*innen in
- 3 2016, die Europäische Union verlassen zu wollen.
- 4 Die EU hat sehr geschlossen eine gemeinsame Position formuliert und seitdem zwei
- 5 Austrittsabkommen mit den britischen Regierungen verhandelt. Dabei lag und liegt nach wie
- 6 vor das Modell Norwegen auf dem Tisch.
- 7 Einerseits ging es in dem Austrittsvertrag darum, die Rechte der nicht-britischen EU-
- 8 Bürger*innen im Vereinigten Königreich und der britischen Bürgerinnen in der EU zu sichern,
- 9 die offenen britischen Zahlungen für den EU Haushalt zu klären, und eine Übergangsphase zu
- 10 finden, während derer beide Seiten sich auf eine zukünftige Partnerschaft einigen.
- 11 Andererseits war und bleibt die zentrale Aufgabe, den Frieden auf der irischen Insel und
- 12 gleichzeitig den Binnenmarkt zu sichern. Denn jedes Abkommen, das eine harte Grenze - also
- 13 Grenzkontrollen auf der irischen Insel - herbeigeführt hätte, würde den fragilen Frieden in
- 14 Nordirland nach dem Karfreitagsabkommen gefährden.
- 15 Gleichzeitig war klar, dass Lösungen für die irische Frage mit großen Risiken für den
- 16 Binnenmarkt verbunden sind. Keine europäischen Gesetze und Standards für Nordirland,
- 17 trotzdem totaler Zugang zum Binnenmarkt - dies wären beste Voraussetzungen für das Sozial-,
- 18 Umwelt- und Steuerdumping, das Brexiteers wie Boris Johnson regelmäßig ankündigen.
- 19 Wir haben die Verhandlungslinie der EU immer unterstützt, aber nach wie vor gilt: Eine
- 20 verantwortungsvolle britische Regierung hätte Lösungen für diese zentralen Probleme
- 21 erarbeitet, bevor sie überhaupt ein Referendum durchgeführt hätte. Stattdessen haben Anti-
- 22 Europäer*innen und die Leave-Kampagne ein Klima aus Hass und Misstrauen erzeugt, das die
- 23 britische Gesellschaft gespalten hat. Mit dieser Kampagne aus Lügen, Halbwahrheiten und
- 24 Fehlinformationen wurde das Referendum gewonnen, die gesplattene Gesellschaft und das Klima
- 25 aus Hass und Misstrauen bleiben bis heute. Wir fordern die britische Regierung auf, endlich
- 26 Brücken zu bauen, keine Lügen mehr über die EU und den Austritt zu verbreiten,
- 27 Hassverbrechen zu verurteilen und weiter gegen Rassismus, sei es durch Politiker*innen, der
- 28 Presse oder einzelner Bürger*innen, vorzugehen.
- 29 Nachdem das britische Unterhaus den Zeitplan für die Ratifizierung des aktuellen
- 30 Austrittsvertrags abgelehnt und die Beantragung der Verlängerung bis Ende Januar 2020 gegen
- 31 Johnson durchgesetzt hatte, hat der Rat nun ein drittes Mal beschlossen, das Austrittsdatum
- 32 zu verschieben. Wir begrüßen diese Entscheidung, da sie den Willen des Parlaments

33 widerspiegelt. Durch die jetzt vorgesehenen Neuwahlen am 12. Dezember kann wieder
34 Bewegung
35 in die vertrackte Situation kommen.

36 Mit dem zweiten Austrittsvertrag ist die EU Boris Johnson weit entgegengekommen und große
37 Risiken eingegangen.

38 Das nun verhandelte Austrittsabkommen sieht nämlich keinen Backstop mehr vor - also eine
39 Absicherungspolicy, falls für die Frage der zukünftigen Zoll- und Binnenmarktbestimmungen,
40 die eine harte Grenze auf der irischen Insel verhindern sollen, keine Lösung gefunden würde.
41 Stattdessen wurde für Nordirland nun eine permanente Lösung gefunden, die vorsieht, dass
42 Nordirland rechtlich Teil des UK Zollgebietes ist, de facto aber Teil der EU Zollunion ist.
43 Diese Aufteilung in de jure und de facto Regelungen ist ein großes Zugeständnis der EU an
44 Großbritannien und birgt große Risiken für die Zollunion und den Binnenmarkt.

45 Dies gilt mit Blick auf die Zollunion in zweifacher Hinsicht. Erstens besteht beim Import
46 die Gefahr einer Unterwanderung von EU Zöllen. Die Unterscheidung in Güter für Nordirland
47 und für den Rest der EU kann zu großer Bürokratie führen oder zu Lasten der EU umgesetzt
48 werden. Dies muss verhindert werden und bei den Kontrollen sichergestellt werden, dass
49 regelmäßige, unangekündigte EU Kontrollen stattfinden können. Dafür müssen alle
50 Überwachungsinstrumente - zum Beispiel bei der Kontrolle der Zollbestimmungen - genutzt
51 werden und bei Fehlverhalten eindeutige Konsequenzen gezogen werden. Zweitens wurde der
52 Export nicht eindeutig geklärt. Es besteht deswegen die Gefahr, dass für den Export von
53 Waren die Verlagerung des Firmensitzes nach Nordirland lukrativ sein kann, um zum Beispiel
54 US-amerikanische Strafzölle auf Stahl und Aluminium zu umgehen. Hier muss eine Regelung
55 gefunden werden, die Nordirland für den Export rechtlich und de facto als Teil der EU-
56 Zollunion sieht.

57 Mit Blick auf das so genannte Level Playing Field, also ein fairer Wettbewerb, der Umwelt-
58 und Sozialstandards respektiert und nicht in eine Dumping-Spirale mündet, findet sich eine
59 Verpflichtung nur in der rechtlich nicht bindenden politischen Erklärung.

60 Falls dieser Vertrag jemals im britischen Unterhaus ratifiziert wird, müssen sowohl die
61 Kommission als auch die Bundesregierung erstens bei dessen Umsetzung darauf hinwirken,
62 dass
63 Nordirland nicht zu einer Sonderwirtschaftszone und zusammen mit Großbritannien nicht
64 Steueroase wird, in der europäische Zoll- und teilweise Binnenmarktregeln umgangen und
65 unterminiert werden können. Zweitens müssen dann für die Verhandlungen über die
66 zukünftigen
67 Beziehungen mit Großbritannien als erstes die Sozial- und Arbeitnehmerrechte wieder auf die
68 Tagesordnung. Beim Level Playing Field, also dem fairen Wettbewerb, darf es keine Abstriche
69 geben. Umwelt- und Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutz für EU
70 Bürger*innen müssen dynamisch angepasst werden.

71 Die größten negativen Konsequenzen sowohl für das Vereinigte Königreich, den Frieden in
72 Nordirland als auch die EU hätte ein No-Deal-Brexit.

73 Falls - wie Mays Deal - auch dieser Austrittsvertrag nie ratifiziert wird, muss klar sein:
74 Weitere Zugeständnisse in Richtung Schwächung des Binnenmarktes darf die EU in weiteren
75 Verhandlungen nicht machen.

73 Wir glauben weiter: Wer in dieser schwierigen Situation eine Lösung für den Brexit finden
74 will, sollte die Frage an die britische Bevölkerung zurückgeben. Wir akzeptieren kein
75 weiteres populistisches Gegeneinanderausspielen von Bevölkerung gegen Parlament, wie
Johnson
76 es in den letzten Wochen massiv betrieben hat. Die liberale Demokratie müssen wir gemeinsam
77 verteidigen.

78 Nach dem Referendum ist im Vereinigten Königreich die größte pro-europäische
79 Bürger*innenbewegung des ganzen Kontinents entstanden. Viele Millionen Menschen sind auf
die
80 Straße gegangen, um für Bürger*innenrechte zu demonstrieren und darum, bei der Brexit-
81 Entscheidung das letzte Wort in einem Referendum zu haben.

82 Wir stehen fest an der Seite dieser Bürger*innenbewegung. Wir werden auch weiter diejenigen
83 unterstützen, die für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union
84 kämpfen.

85 Sollte es doch zu einem Brexit kommen, dann werden wir vom ersten Tag danach diejenigen
86 unterstützen, die sich im Vereinigten Königreich für einen Wiedereintritt in die EU
87 engagieren. Wir werden die britischen Bürger*innen nicht aufgeben und weiter für sie und
88 ihre Rechte auch nach dem Brexit kämpfen.

Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter*innen bestrafen

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 11. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.11.2019

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien am 9. Oktober 2019 hat die türkische
2 Regierung unter Präsident Erdogan den Konflikt in Syrien weiter eskaliert und so eine
3 massive Verschlechterung der politischen sowie humanitären Lage der ohnehin geschundenen
4 Region in Nordsyrien herbeigeführt. Rund 300.000 Menschen mussten bereits aufgrund der
5 jüngsten türkischen Invasion fliehen, zahlreiche tote Zivilist*innen sind zu beklagen. Der
6 Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische Bevölkerung. Die
7 türkische Regierung verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsstruktur im mehrheitlich kurdischen
8 Norden Syriens zu verändern, die Kurd*innen im eigenen Land zu schwächen und damit den
9 türkisch-kurdischen Konflikt zu entscheiden. Gleichzeitig verschärft auch der US-Präsident
10 mit seiner erratischen Politik die Situation in Syrien und der Region. Mit dem plötzlichen
11 Abzug der US-Truppen entzieht Donald Trump den kurdischen Kräften, die sich dem IS
12 maßgeblich entgegenstellt haben und unter hohen Verlusten die vom IS kontrollierten Gebiete
13 zurückgewinnen konnten, abrupt die jahrelange Unterstützung. Er überlässt sie damit ihrem
14 Schicksal, setzt sie der Feindseligkeit der türkischen Armee aus, die Seite an Seite mit
15 islamistischen Kämpfern ihren Einsatz vollzieht, und treibt sie ausgerechnet in die Arme des
16 syrischen Regimes unter Baschar al-Assad.

17 Bei einem Treffen in Sotschi am 22. Oktober 2019 teilten der russische und der türkische
18 Präsident Nordsyrien de facto auf: Die Türkei patrouilliert ab sofort gemeinsam mit der
19 russischen Armee in Teilen des syrisch-türkischen Grenzgebiets unter Beteiligung von
20 islamistischen Milizen, die allesamt - wie zuvor schon in Afrin - Kriegsverbrechen begangen
21 haben. Amnesty International berichtet von schweren Menschenrechtsverletzungen und
22 Kriegsverbrechen, wie z.B. wahllosen Angriffen auf Wohngebiete, Schulen und andere zivile
23 Ziele. Zudem will Erdogan bis zu zwei Millionen syrische Geflüchtete, von denen die
24 wenigsten ihre Heimat im überwiegend kurdischen Landstrich haben, in diesem Gebiet
25 zwangsansiedeln. Solche ethnischen Vertreibungen und zwangsweise Umsiedlungen würden zu
26 einer humanitären Tragödie und gefährlichen neuen Konflikten führen und massiv zur
27 Verschärfung des Konflikts beitragen.

28

29 Durch den Rückzug der USA und die Einigung zwischen Moskau und Ankara stabilisiert sich die
30 Macht des syrischen Diktators Assad weiter. Seine Truppen konnten mit Hilfe ihrer iranischen
31 und russischen Verbündeten weitere Gebiete im Norden unter ihre Kontrolle bringen.

32 Durch den türkischen Einmarsch werden die kurdischen Lager mit den inhaftierten IS-
33 Kämpfer*innen nicht mehr mit der gleichen Intensität bewacht wie vor dem Einmarsch.
34 Medienberichten zufolge sind daher bisher circa 100 IS-Kämpfer*innen aus der kurdischen Haft
35 entkommen. Bisher hat sich die Bundesregierung geweigert, die inhaftierten deutschen IS-
36 Kämpfer*innen und ihre Angehörigen mit deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuholen und sie
37 schnellstmöglich in Deutschland für ihre Taten strafrechtlich zu verfolgen. Darum ist die
38 Gefahr durch entkommene IS-Kämpfer*innen auch innerhalb Europas in dieser chaotischen
39 Situation nun größer geworden.

40 Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben durch fehlende gemeinsame Initiativen zu den
41 Auswirkungen im Syrienkonflikt, die wir heute sehen, beigetragen. Von der Bundesregierung
42 ging auf EU-Ebene keine Initiative für eine kraftvolle Wiederbelebung eines
43 Friedensprozesses in Syrien aus. Maßnahmen, wie der VN-Mechanismus für die Untersuchung
44 und
45 Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien, unterstützte die Bundesregierung nicht
46 ausreichend. Und die internationale Gemeinschaft – darunter auch Deutschland – konnte sich
47 bis heute nicht durchringen, die Menschenrechtsverbrechen durch die türkische Regierung in
48 Afrin 2018 klar zu benennen und den Einmarsch als eindeutig völkerrechtswidrig zu
49 verurteilen. Dadurch fühlte sich Präsident Erdogan ermuntert, die Vertreibungen noch einmal
50 auszuweiten.

51 Russland konnte seinen Einflussbereich im Nahen Osten entscheidend ausbauen, die türkische
52 Regierung entfernt sich immer mehr von EU und NATO. Doch dieses Blinken nach Moskau kann
53 nicht die existentiellen wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei mit Europa ersetzen. Gerade
54 deshalb sollten die Europäische Union und die NATO die Provokationen Erdogans ruhig, aber
55 deutlich beantworten. Gerade im Fall von Syrien wird überdeutlich, wie notwendig eine starke
56 EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist.

57 Die Inkonsistenz in der europäischen Außenpolitik offenbarte sich jüngst auch im Agieren der
58 deutschen Bundesregierung. Es liegen genügend realistische Vorschläge auf dem Tisch, wie
59 sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern aktiv für die Linderung der humanitären
60 Katastrophe engagieren kann. Stattdessen düpierte die deutsche Verteidigungsministerin mit
61 ihrem nicht abgestimmten Vorstoß für eine international gesicherte Schutzzone im Norden
62 Syriens die übrige Bundesregierung und irritierte Deutschlands europäische und
63 internationale Verbündete und Partner. Statt auf allen Kanälen Druck auf die türkische
64 Regierung auszuüben und dafür auch den NATO-Rat zu nutzen, beschäftigten sich die
65 Bundesregierung und ebenso die NATO mit einem innenpolitisch motivierten Vorschlag der
66 deutschen Verteidigungsministerin, der in der Sache leider bei Weitem nicht durchdacht,
67 geschweige denn abgestimmt war. Im Mittelpunkt der Initiative stand dabei nicht der Schutz
68 der Zivilbevölkerung, denn von Anfang an war nicht klar benannt, wen eine solche Schutzzone
69 vor wem schützen sollte. Stichhaltige Aussagen über die völkerrechtliche Grundlage ihres
70 Vorstoßes blieb die Verteidigungsministerin lange Zeit ebenso schuldig wie eine Erläuterung,
71 was in der konkreten Situation mit zusätzlicher militärischer Präsenz eigentlich erreicht
72 werden solle – noch dazu in einer derart multifrontalen Situation wie im Nordosten des
73 Landes. Und es fehlte die Absage an den türkischen Plan, Flüchtlinge in die nordsyrische
74 Region abzuschieben.

75 Spätestens nach der russisch-türkischen Einigung von Sotschi war klar, dass ein Einsatz
76 unter den aktuellen Umständen in Nordsyrien für deutsche und europäische Kräfte kaum
möglich
77 wäre, ohne sich zum Handlanger des Autokraten Putin wie des Diktators Assad zu machen, der
78 hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat und auch vor dem Einsatz von Giftgas
79 gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückschreckte. Ebenso wäre ein Einsatz ohne
80 Zusammenarbeit mit Erdogan nicht möglich, dessen Ziel die Vertreibung von Kurd*innen und
81 ethnischer und religiöser Minderheiten vor Ort ist. Die Bundesregierung hat sich - auch mit
82 den Äußerungen des Außenministers bei seinem Besuch in der Türkei - in einem Moment
83 kriegerischer Eskalation durch ein NATO-Mitglied als politische Kraft präsentiert, die mehr
84 mit sich selbst beschäftigt ist, anstatt handlungsfähiger Akteur zu sein. Aufgabe wäre es
85 gewesen, zusammen mit seinen Partnern nach diplomatischen Lösungen zu suchen und auf
eine
86 Deeskalation zu dringen. Wer Außenpolitik hingegen rein aus innenpolitischem Kalkül
87 betreibt, der bricht mit einem werte- und menschenrechtsgeleiteten Politikverständnis und
88 schadet den Sicherheitsinteressen Europas.

89 Die Bundesregierung hat viel zu lange kaum folgenreiche Kritik an der zunehmend
90 autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen Regierung geübt,
91 geschweige denn konkrete politische Maßnahmen ergriffen. So hat die Bundesregierung auch
92 nach dem völkerrechtswidrigen türkischen Einmarsch in Afrin 2018 Kriegswaffen im Wert von
93 mindestens 427 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die Ankündigung der Bundesregierung,
94 keine Genehmigungen für alle Rüstungsgüter zu erteilen, die in Syrien eingesetzt werden
95 könnten, kommt viel zu spät, ist reine Symbolpolitik und ermutigt Präsident Erdogan, seine
96 verantwortungslose Politik ohne Risiko fortzusetzen. Denn bereits genehmigte, aber noch
97 nicht gelieferte Waffen, können so weiter problemlos an die Türkei exportiert werden. Seit
98 Anfang 2018 wurden deutsche Exportkreditgarantien (sogenannte Hermesbürgschaften) für die
99 Türkei im Wert von rund 2,6 Milliarden Euro gewährt. Den wirtschaftlichen Hebel, den die
100 Bundesregierung hat, um die türkische Regierung unter Druck zu setzen, hat sie bislang nicht
101 genutzt. Wir GRÜNE erwarten von der Bundesregierung einen grundlegenden Kurswechsel im
102 Umgang mit der türkischen Regierung. Gleichzeitig dürfen wir die Regimekritiker*innen in der
103 Türkei, von denen Hunderte nach Kritik an der Invasion in Nordsyrien festgenommen wurden,
104 nicht alleine lassen. Die Zusammenarbeit mit der demokratischen, pro-europäischen türkischen
105 Zivilgesellschaft muss gestärkt und ausgebaut und diese weiter unterstützt werden.

106 Die gleichzeitig stattfindenden Angriffe auf Idlib sind eine Katastrophe. Dort werden
107 Krankenhäuser und zivile Einrichtungen brutal und menschenverachtend attackiert. Der
108 syrische Diktator Assad und seine Verbündeten haben den einstigen Zufluchtsort Idlib zu
109 ihrem Hauptangriffsziel gemacht. Die Bundesregierung muss die Situation in Idlib zum Thema
110 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen machen. Russland hat dort bisher jeden Versuch
111 einer gemeinsamen Erklärung, die die Angriffe auf Zivilisten durch die Truppen Assads
112 verurteilt, verhindert.

113

114 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen den völkerrechtswidrigen und durch nichts zu
115 rechtfertigenden Angriff der türkischen Regierung und verbündeter islamistischer Milizen
116 gegen Teile der autonomen kurdischen Selbstverwaltungszone in Syrien.

117 Wir fordern:

- 118 • Dass die türkische Regierung den völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien sofort
119 stoppt und ihr Militär und die sie unterstützenden Milizenverbände sofort abzieht.
- 120 • Dass die Bundesregierung sowie EU und NATO den türkischen Einmarsch in Nordsyrien
121 öffentlich und auf allen Ebenen als völkerrechtswidrig verurteilen, inklusive der
122 Vereinten Nationen.
- 123 • Dass die NATO deutlich macht, dass die Türkei für ihren völkerrechtswidrigen Einmarsch
124 keinen Beistand erhält und eine Feststellung des Bündnisfalls auf der Grundlage des
125 NATO-Vertrags somit ausgeschlossen ist.
- 126 • Dass Deutschland und die Europäische Union an alle Beteiligten appellieren, das
127 humanitäre Völkerrecht zu achten, und sich dafür einsetzen, dass alle Beteiligten
128 keine Gewalt gegen Zivilist*innen ausüben, weder in Nordsyrien, noch in der Türkei
129 noch anderswo. Menschen, die gerade aus Nordsyrien in Richtung Nordirak flüchten, muss
130 freies und sicheres Geleit gewährt werden.
- 131 • Dass sich die EU dafür einsetzt, dass auch die Kurd*innen aus dem Norden Syriens
132 umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen Prozess vertreten
133 sind und die De-facto-Autonomie des kurdischen Gebiets in Nordsyrien erhalten bleibt.
- 134 • Dass die Verantwortlichen für in Syrien begangene Kriegsverbrechen auf der Grundlage
135 des Völkerstrafrechts zur Rechenschaft gezogen werden und dass der internationale
136 unabhängige Mechanismus der VN zur Untersuchung von schwerwiegenden Verbrechen in
137 Syrien angemessen finanziert wird.
- 138 • Dass die EU oder ihre Mitgliedstaaten persönliche und gezielte finanzielle Sanktionen
139 gegen Präsident Erdogan, Mitglieder der türkischen Regierung und führende Angehörige
140 des türkischen Militärs sowie gegen türkische Finanzinstitutionen, über die das
141 türkische Militär seine Finanztransaktionen abwickelt, im europäischen Verbund
142 erlassen.
- 143 • Dass die türkische Regierung die innenpolitische Kampagne gegen Kritiker*innen der
144 Invasion in Nordsyrien beendet und die Meinungs- und Pressefreiheit wiederherstellt.
- 145 • Dass die Bundesregierung die Verlängerung des Engagements der Bundeswehr bei der
146 Operation „Inherent Resolve“ zurücknimmt, die Tornados aus Jordanien abzieht und ab
147 sofort keinerlei Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei
148 weitergibt.
- 149 • Dass die Bundesregierung alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei umgehend stoppt,
150 erteilte Genehmigungen widerruft, sich für einen EU-weiten Rüstungsexportstopp an die
151 Türkei und auch für einen Stopp der Beteiligung deutscher Unternehmen an
152 Rüstungskonsortien in der Türkei einsetzt.
- 153 • Dass die Bundesregierung keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung
154 wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei übernimmt und alle noch nicht genehmigten
155 Anträge ablehnt.
- 156 • Dass die Bundesregierung endlich ihre rechtliche und politische Verpflichtung
157 wahrnimmt, indem sie die deutschen IS-Kämpfer*innen und ihre Familienangehörigen
158 zurücknimmt und so schnell wie möglich Strafverfahren gegen Personen, die sich
159 strafbar gemacht haben, in Deutschland einleitet. Dazu müssen die
160 Strafverfolgungsbehörden ausreichende Kapazitäten bekommen. Zudem muss
sichergestellt

- 161 sein, dass die Kapazitäten ausreichen, damit Gefährder*innen bzw. relevante Personen
162 nach der Rückkehr nach Deutschland überwacht werden können.
- 163 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diesen im Kern asylrechtswidrigen EU-Türkei-Deal
164 von 2016, der die verheerende Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen
165 Inseln noch verschlimmert und die EU durch die türkische Regierung erpressbar gemacht
166 hat, beenden. Zugleich darf die europäische Unterstützung zu unmittelbaren Gunsten der
167 über drei Millionen Geflüchteten in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung nach
168 humanitären Standards muss oberste Priorität haben. Auch braucht es dringend
169 Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- 170 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten sich endlich für legale Fluchtwege in die EU,
171 eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten, rechtstaatliche
172 Asylverfahren und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die EU-Mitgliedstaaten
173 einsetzen. Wer verhindern will, dass sich Schlepper*innen an der Not von Geflüchteten
174 bereichern, die angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht
175 übers Mittelmeer aufs Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchtalternativen
176 schaffen.
- 177 • Anzuerkennen, dass ein Neuanfang in Syrien nur unter Einbeziehung der politischen
178 Opposition in den Verfassungsprozess und freier, fairer Wahlen stattfinden kann. Die
179 EU muss wieder aktiver werden, um eine dauerhafte politische Lösung der Krise im
180 Einklang mit der Resolution 2254 des VN-Sicherheitsrates zu finden. Besonders Frauen
181 müssen am Verhandlungsprozess für eine politische Lösung des Konflikts beteiligt
182 werden. Ohne einen relevanten und inklusiven politischen Prozess und ohne Freilassung
183 der politischen Gefangenen darf es keine finanzielle Unterstützung für das Assad-
184 Regime und seine Günstlinge geben, auch nicht in Form von Aufbauhilfe.
- 185 • Eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts bleibt die notwendige
186 Voraussetzung für Stabilität und Frieden in der gesamten Region. Eine Lösung kann
187 nicht in einer weiteren Eskalation des schrecklichen Krieges in Syrien und weiterer
188 militärischer Aufrüstung der Türkei bestehen, sondern muss friedlich, unter
189 Einbeziehung der betroffenen Staaten und der kurdischen Akteur*innen sowie unter
190 Wahrung des Völkerrechts erreicht werden.
- 191 • Dass sich die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzen, das
192 schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern, und dass Russland und das syrische
193 Regime ihre militärischen Angriffe auf die Region umgehend beenden.
- 194 • Alles politische Handeln der Bundesregierung und der Europäischen Union konsequent auf
195 die Unterstützung der vielen demokratischen Kräfte in der Türkei auszurichten.

Begründung der Dringlichkeit

...

Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter bestrafen

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 11. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.11.2019

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien am 9. Oktober 2019 hat die türkische
- 2 Regierung unter Präsident Erdogan den Konflikt in Syrien weiter eskaliert und so eine
- 3 massive Verschlechterung der politischen sowie humanitären Lage der ohnehin geschundenen
- 4 Region in Nordsyrien herbeigeführt. Rund 300.000 Menschen mussten bereits aufgrund der
- 5 jüngsten türkischen Invasion fliehen, zahlreiche tote Zivilistinnen und Zivilisten sind zu
- 6 beklagen. Der Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische
- 7 Bevölkerung. Die türkische Regierung verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsstruktur im
- 8 mehrheitlich kurdischen Norden Syriens zu verändern, die Kurdinnen und Kurden im eigenen
- 9 Land zu schwächen und damit den türkisch-kurdischen Konflikt zu entscheiden. Gleichzeitig
- 10 verschärft auch der US-Präsident mit seiner erratischen Politik die Situation in Syrien und
- 11 der Region. Mit dem plötzlichen Abzug der US-Truppen entzieht Donald Trump den kurdischen
- 12 Kräften, die sich dem IS maßgeblich entgegenstellt haben und unter hohen Verlusten die vom
- 13 IS kontrollierten Gebiete zurückgewinnen konnten, abrupt die jahrelange Unterstützung. Er
- 14 überlässt sie damit ihrem Schicksal, setzt sie der Feindseligkeit der türkischen Armee aus,
- 15 die Seite an Seite mit islamistischen Kämpfern ihren Einsatz vollzieht, und treibt sie
- 16 ausgerechnet in die Arme des syrischen Regimes unter Baschar al-Assad.
- 17 Bei einem Treffen in Sotschi am 22. Oktober 2019 teilten der russische und der türkische
- 18 Präsident Nordsyrien de facto auf: Die Türkei patrouilliert ab sofort gemeinsam mit der
- 19 russischen Armee in Teilen des syrisch-türkischen Grenzgebiets unter Beteiligung von
- 20 islamistischen Milizen, die allesamt – wie zuvor schon in Afrin - Kriegsverbrechen begangen
- 21 haben. Amnesty International berichtet von schweren Menschenrechtsverletzungen und
- 22 Kriegsverbrechen, wie z.B. wahllosen Angriffen auf Wohngebiete, Schulen und andere zivile
- 23 Ziele. Zudem will Erdogan bis zu zwei Millionen syrische Geflüchtete, von denen die
- 24 wenigsten ihre Heimat im überwiegend kurdischen Landstrich haben, in diesem Gebiet
- 25 zwangsansiedeln. Solche ethnischen Vertreibungen und zwangsweise Umsiedlungen würden zu
- 26 einer humanitären Tragödie und gefährlichen neuen Konflikten führen und massiv zur
- 27 Verschärfung des Konflikts beitragen.
- 28
- 29 Durch den Rückzug der USA und die Einigung zwischen Moskau und Ankara stabilisiert sich die
- 30 Macht des syrischen Diktators Assad weiter. Seine Truppen konnten mit Hilfe ihrer iranischen
- 31 und russischen Verbündeten weitere Gebiete im Norden unter ihre Kontrolle bringen.

32 Durch den türkischen Einmarsch werden die kurdischen Lager mit den inhaftierten IS-Kämpfern
33 nicht mehr mit der gleichen Intensität bewacht wie vor dem Einmarsch. Medienberichten
34 zufolge sind daher bisher circa 100 IS-Kämpfer aus der kurdischen Haft entkommen. Bisher hat
35 sich die Bundesregierung geweigert, die inhaftierten deutschen IS- Kämpfer und ihre
36 Angehörigen mit deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuholen und sie schnellstmöglich in
37 Deutschland für ihre Taten strafrechtlich zu verfolgen. Darum ist die Gefahr durch
38 entkommene IS-Kämpfer auch innerhalb Europas in dieser chaotischen Situation nun größer
39 geworden.

40 Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben durch fehlende gemeinsame Initiativen zu den
41 Auswirkungen im Syrienkonflikt, die wir heute sehen, beigetragen. Von der Bundesregierung
42 ging auf EU-Ebene keine Initiative für eine kraftvolle Wiederbelebung eines
43 Friedensprozesses in Syrien aus. Maßnahmen, wie der VN-Mechanismus für die Untersuchung
und
44 Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien, unterstützte die Bundesregierung nicht
45 ausreichend. Und die internationale Gemeinschaft – darunter auch Deutschland – konnte sich
46 bis heute nicht durchringen, die Menschenrechtsverbrechen durch die türkische Regierung in
47 Afrin 2018 klar zu benennen und den Einmarsch als eindeutig völkerrechtswidrig zu
48 verurteilen. Dadurch fühlte sich Präsident Erdogan ermuntert, die Vertreibungen noch einmal
49 auszuweiten.

50
51 Russland konnte seinen Einflussbereich im Nahen Osten entscheidend ausbauen, die türkische
52 Regierung entfernt sich immer mehr von EU und NATO. Doch dieses Blinken nach Moskau kann
53 nicht die existentiellen wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei mit Europa ersetzen. Gerade
54 deshalb sollten die Europäische Union und die NATO die Provokationen Erdogans ruhig, aber
55 deutlich beantworten. Gerade im Fall von Syrien wird überdeutlich, wie notwendig eine starke
56 EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist.

57 Die Inkonsistenz in der europäischen Außenpolitik offenbarte sich jüngst auch im Agieren der
58 deutschen Bundesregierung. Es liegen genügend realistische Vorschläge auf dem Tisch, wie
59 sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern aktiv für die Linderung der humanitären
60 Katastrophe engagieren kann. Stattdessen düpierte die deutsche Verteidigungsministerin mit
61 ihrem nicht abgestimmten Vorstoß für eine international gesicherte Schutzzone im Norden
62 Syriens die übrige Bundesregierung und irritierte Deutschlands europäische und
63 internationale Verbündete und Partner. Statt auf allen Kanälen Druck auf die türkische
64 Regierung auszuüben und dafür auch den NATO-Rat zu nutzen, beschäftigten sich die
65 Bundesregierung und ebenso die NATO mit einem innenpolitisch motivierten Vorschlag der
66 deutschen Verteidigungsministerin, der in der Sache leider bei Weitem nicht durchdacht,
67 geschweige denn abgestimmt war. Im Mittelpunkt der Initiative stand dabei nicht der Schutz
68 der Zivilbevölkerung, denn von Anfang an war nicht klar benannt, wen eine solche Schutzzone
69 vor wem schützen sollte. Stichhaltige Aussagen über die völkerrechtliche Grundlage ihres
70 Vorstoßes blieb die Verteidigungsministerin lange Zeit ebenso schuldig wie eine Erläuterung,
71 was in der konkreten Situation mit zusätzlicher militärischer Präsenz eigentlich erreicht
72 werden solle – noch dazu in einer derart multifrontalen Situation wie im Nordosten des
73 Landes. Und es fehlte die Absage an den türkischen Plan, Flüchtlinge in die nordsyrische
74 Region abzuschieben.

75 Spätestens nach der russisch-türkischen Einigung von Sotschi war klar, dass ein Einsatz
76 unter den aktuellen Umständen in Nordsyrien für deutsche und europäische Kräfte kaum
möglich
77 wäre, ohne sich zum Handlanger des Autokraten Putin wie des Diktators Assad zu machen, der
78 hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat und auch vor dem Einsatz von Giftgas
79 gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückschreckte. Ebenso wäre ein Einsatz ohne
80 Zusammenarbeit mit Erdogan nicht möglich, dessen Ziel die Vertreibung von Kurdinnen und
81 Kurden und ethnischer und religiöser Minderheiten vor Ort ist. Die Bundesregierung hat sich
82 - auch mit den Äußerungen des Außenministers bei seinem Besuch in der Türkei - in einem
83 Moment kriegesischer Eskalation durch ein Nato-Mitglied als politische Kraft präsentiert,
84 die mehr mit sich selbst beschäftigt ist, anstatt handlungsfähiger Akteur zu sein. Aufgabe
85 wäre es gewesen, zusammen mit seinen Partnern nach diplomatischen Lösungen zu suchen und
auf
86 eine Deeskalation zu dringen. Wer Außenpolitik hingegen rein aus innenpolitischem Kalkül
87 betreibt, der bricht mit einem werte- und menschenrechtsgeleiteten Politikverständnis und
88 schadet den Sicherheitsinteressen Europas.

89 Die Bundesregierung hat viel zu lange kaum folgenreiche Kritik an der zunehmend
90 autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen Regierung geübt,
91 geschweige denn konkrete politische Maßnahmen ergriffen. So hat die Bundesregierung auch
92 nach dem völkerrechtswidrigen türkischen Einmarsch in Afrin 2018 Kriegswaffen im Wert von
93 mindestens 427 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die Ankündigung der Bundesregierung,
94 keine Genehmigungen für alle Rüstungsgüter zu erteilen, die in Syrien eingesetzt werden
95 könnten, kommt viel zu spät, ist reine Symbolpolitik und ermutigt Präsident Erdogan, seine
96 verantwortungslose Politik ohne Risiko fortzusetzen. Denn bereits genehmigte, aber noch
97 nicht gelieferte Waffen, können so weiter problemlos an die Türkei exportiert werden. Seit
98 Anfang 2018 wurden deutsche Exportkreditgarantien (sogenannte Hermesbürgschaften) für die
99 Türkei im Wert von rund 2,6 Milliarden Euro gewährt. Den wirtschaftlichen Hebel, den die
100 Bundesregierung hat, um die türkische Regierung unter Druck zu setzen, hat sie bislang nicht
101 genutzt. Wir Grüne erwarten von der Bundesregierung einen grundlegenden Kurswechsel im
102 Umgang mit der türkischen Regierung. Gleichzeitig dürfen wir die Regimekritiker*innen in der
103 Türkei, von denen Hunderte nach Kritik an der Invasion in Nordsyrien festgenommen wurden,
104 nicht alleine lassen. Die Zusammenarbeit mit der demokratischen, pro-europäischen türkischen
105 Zivilgesellschaft muss gestärkt und ausgebaut und diese weiter unterstützt werden.

106 Die gleichzeitig stattfindenden Angriffe auf Idlib sind eine Katastrophe. Dort werden
107 Krankenhäuser und zivile Einrichtungen brutal und menschenverachtend attackiert. Der
108 syrische Diktator Assad und seine Verbündeten haben den einstigen Zufluchtsort Idlib zu
109 ihrem Hauptangriffsziel gemacht. Die Bundesregierung muss die Situation in Idlib zum Thema
110 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen machen. Russland hat dort bisher jeden Versuch
111 einer gemeinsamen Erklärung, die die Angriffe auf Zivilisten durch die Truppen Assads
112 verurteilt, verhindert.

113

114 Bündnis 90/Die Grünen verurteilen den völkerrechtswidrigen und durch nichts zu
115 rechtfertigenden Angriff der türkischen Regierung und verbündeter islamistischer Milizen
116 gegen Teile der autonomen kurdischen Selbstverwaltungszone in Syrien.

117 Wir fordern:

- 118 • Dass die türkische Regierung den völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien sofort
119 stoppt und ihr Militär und die sie unterstützenden Milizenverbände sofort abzieht.
- 120 • Dass die Bundesregierung sowie EU und NATO den türkischen Einmarsch in Nordsyrien
121 öffentlich und auf allen Ebenen als völkerrechtswidrig verurteilen, inklusive der
122 Vereinten Nationen.
- 123 • Dass die NATO deutlich macht, dass die Türkei für ihren völkerrechtswidrigen Einmarsch
124 keinen Beistand erhält und eine Feststellung des Bündnisfalls auf der Grundlage des
125 NATO-Vertrags somit ausgeschlossen ist.
- 126 • Dass Deutschland und die Europäische Union an alle Beteiligten appellieren, das
127 humanitäre Völkerrecht zu achten, und sich dafür einsetzen, dass alle Beteiligten
128 keine Gewalt gegen Zivilist*innen ausüben, weder in Nordsyrien, noch in der Türkei
129 noch anderswo. Menschen, die gerade aus Nordsyrien in Richtung Nordirak flüchten, muss
130 freies und sicheres Geleit gewährt werden.
- 131 • Dass sich die EU dafür einsetzt, dass auch die Kurdinnen und Kurden aus dem Norden
132 Syriens umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen Prozess
133 vertreten sind und die De-facto-Autonomie des kurdischen Gebiets in Nordsyrien
134 erhalten bleibt.
- 135 • Dass die Verantwortlichen für in Syrien begangene Kriegsverbrechen auf der Grundlage
136 des Völkerstrafrechts zur Rechenschaft gezogen werden und dass der internationale
137 unabhängige Mechanismus der VN zur Untersuchung von schwerwiegenden Verbrechen in
138 Syrien angemessen finanziert wird.
- 139 • Dass die EU oder ihre Mitgliedstaaten persönliche und gezielte finanzielle Sanktionen
140 gegen Präsident Erdogan, Mitglieder der türkischen Regierung und führende Angehörige
141 des türkischen Militärs sowie gegen türkische Finanzinstitutionen, über die das
142 türkische Militär seine Finanztransaktionen abwickelt, im europäischen Verbund
143 erlassen.
- 144 • Dass die türkische Regierung die innenpolitische Kampagne gegen Kritiker*innen der
145 Invasion in Nordsyrien beendet und die Meinungs- und Pressefreiheit wiederherstellt.
- 146 • Dass die Bundesregierung die Verlängerung des Engagements der Bundeswehr bei der
147 Operation „Inherent Resolve“ zurücknimmt, die Tornados aus Jordanien abzieht und ab
148 sofort keinerlei Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei
149 weitergibt.
- 150 • Dass die Bundesregierung alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei umgehend stoppt,
151 erteilte Genehmigungen widerruft, sich für einen EU-weiten Rüstungsexportstopp an die
152 Türkei und auch für einen Stopp der Beteiligung deutscher Unternehmen an
153 Rüstungskonsortien in der Türkei einsetzt.
- 154 • Dass die Bundesregierung keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung
155 wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei übernimmt und alle noch nicht genehmigten
156 Anträge ablehnt.
- 157 • Dass die Bundesregierung endlich ihre rechtliche und politische Verpflichtung
158 wahrnimmt, indem sie die deutschen IS-Kämpferinnen und -Kämpfer und ihre
159 Familienangehörigen zurücknimmt und so schnell wie möglich Strafverfahren gegen
160 Personen, die sich strafbar gemacht haben, in Deutschland einleitet. Dazu müssen die
161 Strafverfolgungsbehörden ausreichende Kapazitäten bekommen. Zudem muss

sichergestellt

sein, dass die Kapazitäten ausreichen, damit Gefährderinnen und Gefährder bzw. relevante Personen nach der Rückkehr nach Deutschland überwacht werden können.

- Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diesen im Kern asylrechtswidrigen EU-Türkei-Deal von 2016, der die verheerende Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln noch verschlimmert und die EU durch die türkische Regierung erpressbar gemacht hat, beenden. Zugleich darf die europäische Unterstützung zu unmittelbaren Gunsten der über drei Millionen Geflüchteten in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung nach humanitären Standards muss oberste Priorität haben. Auch braucht es dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- Dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich endlich für legale Fluchtwege in die EU, eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten, rechtstaatliche Asylverfahren und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die EU-Mitgliedstaaten einsetzen. Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten bereichern, die angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht übers Mittelmeer aufs Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchtalternativen schaffen.
- Anzuerkennen, dass ein Neuanfang in Syrien nur unter Einbeziehung der politischen Opposition in den Verfassungsprozess und freier, fairer Wahlen stattfinden kann. Die EU muss wieder aktiver werden, um eine dauerhafte politische Lösung der Krise im Einklang mit der Resolution 2254 des VN-Sicherheitsrates zu finden. Besonders Frauen müssen am Verhandlungsprozess für eine politische Lösung des Konflikts beteiligt werden. Ohne einen relevanten und inklusiven politischen Prozess und ohne Freilassung der politischen Gefangenen darf es keine finanzielle Unterstützung für das Assad-Regime und seine Günstlinge geben, auch nicht in Form von Aufbauhilfe.
- Eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts bleibt die notwendige Voraussetzung für Stabilität und Frieden in der gesamten Region. Eine Lösung kann nicht in einer weiteren Eskalation des schrecklichen Krieges in Syrien und weiterer militärischer Aufrüstung der Türkei bestehen, sondern muss friedlich, unter Einbeziehung der betroffenen Staaten und der kurdischen Akteure sowie unter Wahrung des Völkerrechts erreicht werden.
- Dass sich die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzen, das schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern, und dass Russland und das syrische Regime ihre militärischen Angriffe auf die Region umgehend beenden.
- Alles politische Handeln der Bundesregierung und der Europäischen Union konsequent auf die Unterstützung der vielen demokratischen Kräfte in der Türkei auszurichten.

Seenotrettung: Schiffe schicken, Häfen öffnen, Menschen retten



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 11. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Das Mittelmeer ist ein Grab für tausende, schutzsuchende Menschen.
- 2 Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, MSF, SOS Mediterranée, Proactiva Open Arms,
- 3 Jugend Rettet, Sea-Eye, Resqship oder Mission Lifeline versuchen dieses Vakuum, das durch
- 4 den Mangel an staatlicher Seenotrettung entstanden ist, zu füllen. Unter hohem
- 5 ehrenamtlichen Einsatz und Risiko konnten viele Menschen gerettet werden. Dieser Einsatz
- 6 gegen das Sterben auf dem Meer verdient Respekt, Anerkennung und unsere volle Solidarität.
- 7 Doch statt Anerkennung und Unterstützung, wird stetig weiter an der Verhinderung von Flucht
- 8 und humanitärer Hilfe gearbeitet. Die Debatte um Migration und Flucht gerät immer weiter aus
- 9 den Fugen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Anstand. Dem stellen wir uns
- 10 entschieden entgegen. Wir stehen an der Seite der Seenotretter*innen und solidarisieren uns
- 11 mit Menschen auf der Flucht.
- 12 Eine europäische Seenotrettung gegen das Massensterben ist in weiter Ferne. CDU und CSU
- 13 stimmten im Europaparlament gegen eine Haushaltslinie für die Seenotrettung und gegen eine
- 14 Resolution, die sich für staatliche Seenotrettung, Entkriminalisierung von NGOs und
- 15 Transparenz über Seenotrettungsfälle aussprach. Die Einigung von Malta, in der sich Italien,
- 16 Malta, Frankreich und Deutschland auf eine schnelle Verteilung von Geflüchteten einigten,
- 17 brachte keine Lösung und wurde von den europäischen Innenminister*innen blockiert.
- 18
- 19 Denn statt einer Verbesserung der Situation im zentralen Mittelmeer und die Chance, die
- 20 Weichen in die richtige Richtung zu stellen, hat sich die Situation weiter verschlechtert,
- 21 wie die letzten Tage und Wochen gezeigt haben: Noch immer müssen aus Seenot Gerettete
- 22 tage-
- 23 und wochenlang auf einen sicheren Hafen warten. Die Einigung vom 23. September hat sich in
- 24 Luft aufgelöst.
- 25
 - libysche Milizen bedrohen weiterhin Europäische Rettungsschiffe, wie zuletzt die "Alan Kurdi", deren Rettungsoperation durch Warnschüsse gefährdet wurde
- 26
 - Der deutsche Innenminister forderte kurz nach dem Angriff auf zivile Seenotrettung
 - 27 einen Verhaltenskodex für Hilfsorganisationen statt einen Kodex für die gewalttätigen
 - 28 Milizen
- 29
 - Nach seiner konstruktiven Rolle in den vergangenen Monaten beim Abschluss des Malta-
 - 30 Deals tritt der deutsche Innenminister nun wieder für Asylverfahren an den
 - 31 Außengrenzen ein statt für eine schnelle Verteilung von Asylsuchenden. Damit nehmen er

und die Bundesregierung in Kauf, dass unmenschliche Situationen an den Außengrenzen und Hafenschließungen durch Küstenstaaten verstetigt werden.

- In den letzten Wochen wurde offensichtlich, dass der EU-Mitgliedstaat Malta gezielt libysche Milizen informiert, um Menschen aus der eigenen Seenotrettungszone nach Libyen verschleppen zu lassen. Das verstößt offensichtlich gegen internationales Recht und europäische Werte.

Deswegen setzen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN uns dafür ein, dass:

1. ... der Mangel an staatlicher Seenotrettung endlich beendet wird. Es ist eine Frage des politischen Willens: Wer Menschen in Not helfen will, sollte das auch auf dem Mittelmeer tun. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wenn tausende Menschen jedes Jahr sterben. Es ist an der Zeit, nicht nur die Hilfsorganisationen ideell zu unterstützen, sondern als EU selbst aktiv zu werden und endlich ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen. **Solange sollen die Bundesregierung und die Bundesländer selbst einen aktiven Beitrag zur Seenotrettung leisten und alle Möglichkeiten einer konkreten Unterstützung prüfen.**

2. ... die Bundesregierung und die Europäischen Institutionen sich für eine aufgeklärte Politik einsetzen, damit aus Seenot Gerettete und Hilfsorganisationen dabei unterstützt werden, **schnellstmöglich in einen sicheren Hafen einfahren zu können und von dort aus operieren zu können.** Das Scheitern einer gemeinsamen Europäischen Asylpolitik und die Handlungsunfähigkeit von Staats- und Regierungschefs darf nicht länger auf dem Rücken der Schwächsten und der humanitären Hilfe ausgetragen werden. Statt den Hilfsorganisationen durch einen "Verhaltenskodex" zusätzliche Steine in den Weg zu legen, sollte man eher über einen Kodex für die libysche Küstenwache reden. Informationen über Seenotrettungsfälle müssen öffentlich zugänglich gemacht werden, insbesondere die Schiffe im Umfeld sollten im Sinne des internationalen Rechts schnellstmöglich Informationen über Seenotrettungsfälle bekommen, um Rettungsaktionen einleiten zu können. Auch Frontex darf nicht länger dazu beitragen, dass Rettungen verzögert werden.

3. ... **eine schnelle Verteilung der Menschen, die an den europäischen Außengrenzen ankommen und Asyl beantragen wollen, sichergestellt wird.** Nur durch eine schnelle

Verteilung

kann die Verantwortung für die Asylverfahren gerechter verteilt werden und unwürdige

Situationen wie auf den griechischen Inseln vermieden werden. Dabei muss die Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Asylsuchende an den Außengrenzen Europas

müssen zuverlässig registriert und erstversorgt sowie ihre Daten abgeglichen werden.

Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren und gemeinschaftlich

vor Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel schützen. Die Vermengung dieser wichtigen

grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen Asylpolitik und Flüchtlingsaufnahme

ist jedoch zutiefst unseriös und politisch fahrlässig. Die europäische

Flüchtlingspolitik lässt sich nicht über Grenzkontrollen lösen oder gestalten.

Grenzschutz darf nicht bedeuten, dass niemand mehr reinkommt. Externalisierung von

Lagern, Pre-Screenings, Hotspots oder geschlossene Lager an den Außengrenzen sowie

Auffang- und Transitzentren jenseits der Außengrenzen lehnen wir ab. **Außerdem müssen**

die Spielräume zur Aufnahme von Geflüchteten in aufnahmebereiten Regionen,

Bundesländern und Kommunen genutzt und erweitert werden. Dafür sollen die Länder-

Aufnahmemöglichkeiten zum Beispiel im Rahmen des §23(1) Aufenthaltsgesetzes ausgenutzt

werden.

4. ... **sichere und legale Fluchtwege geschaffen werden.** Wir befürworten eine Ausweitung der

Resettlement- und Relocationprogramme, aber auch der Landesaufnahmeprogramme. Die EU-

Länder müssen ihren Anteil an dem jährlichen, vom UNHCR ermittelten Resettlement-

Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Das individuelle Asylrecht wird dadurch nicht angetastet. So nehmen wir unsere humanitäre Verantwortung gegenüber

besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr – beispielsweise aus UN-

Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei. Zugleich wollen wir die Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte wieder grundrechtskonform ermöglichen

und setzen uns für humanitäre Visa ein. Die Möglichkeit der Kommunen und Bundesländer,

eigenständig Hilfe zu leisten und Menschen aufzunehmen sollten deutlich

verbessert
werden.

5. **...der Schengen-Kodex eingehalten wird.** Völkerrechtlich unzulässige Zurückweisungen von Geflüchteten an den innereuropäischen Schengen-Grenzen darf die EU nicht weiter akzeptieren. Sie muss sicherstellen, dass in den EU-Staaten sowohl an den innereuropäischen als auch Außengrenzen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gewährleistet werden.
6. **... die Finanzierung und Ausbildung libyscher Milizen beendet wird,** so lange ihre Schiffe sich nicht an internationales Recht halten und Menschen an den Ort zurückbringen, von dem sie gerade fliehen mussten. Im Gegensatz zu Hilfsorganisationen sind die EU-geförderten libyschen Milizen weder gute Seenotretter, noch sind sie für die Seenotrettung ausgerüstet. Trotz dreistelliger Millionenförderung durch die EU gibt es an Bord der Milizen nicht einmal Schwimmwesten für die Rettung. In Libyen selbst sind Geflüchtete einer unmenschlichen und ausweglosen Lage ausgesetzt, mit Gefangenenlagern, willkürlichen Erschießungen, Vergewaltigungen und Sklaverei. Die Bundesregierung muss sich deshalb viel stärker mit eigenen Kontingenten für die Notevakuierung von Flüchtlingen aus den libyschen Gefangenenlagern einsetzen.

Begründung der Dringlichkeit

...

Seenotrettung: Schiffe schicken, Häfen öffnen, Menschen retten



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 11. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Das Mittelmeer ist ein Grab für tausende, schutzsuchende Menschen.
- 2 Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, MSF, SOS Mediterranée, Proactiva Open Arms,
- 3 Jugend Rettet, Sea-Eye, Resqship oder Mission Lifeline versuchen dieses Vakuum, das durch
- 4 den Mangel an staatlicher Seenotrettung entstanden ist, zu füllen. Unter hohem
- 5 ehrenamtlichen Einsatz und Risiko konnten viele Menschen gerettet werden. Dieser Einsatz
- 6 gegen das Sterben auf dem Meer verdient Respekt, Anerkennung und unsere volle Solidarität.
- 7 Doch statt Anerkennung und Unterstützung, wird stetig weiter an der Verhinderung von Flucht
- 8 und humanitärer Hilfe gearbeitet. Die Debatte um Migration und Flucht gerät immer weiter aus
- 9 den Fugen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Anstand. Dem stellen wir uns
- 10 entschieden entgegen. Wir stehen an der Seite der Seenotretter*innen und solidarisieren uns
- 11 mit Menschen auf der Flucht.
- 12 Eine europäische Seenotrettung gegen das Massensterben ist in weiter Ferne. CDU und CSU
- 13 stimmten im Europaparlament gegen eine Haushaltslinie für die Seenotrettung und gegen eine
- 14 Resolution, die sich für staatliche Seenotrettung, Entkriminalisierung von NGOs und
- 15 Transparenz über Seenotrettungsfälle aussprach. Die Einigung von Malta, in der sich Italien,
- 16 Malta, Frankreich und Deutschland auf eine schnelle Verteilung von Geflüchteten einigten,
- 17 brachte keine Lösung und wurde von den europäischen Innenministern blockiert.
- 18
- 19 Denn statt einer Verbesserung der Situation im zentralen Mittelmeer und die Chance, die
- 20 Weichen in die richtige Richtung zu stellen, hat sich die Situation weiter verschlechtert,
- 21 wie die letzten Tage und Wochen gezeigt haben: Noch immer müssen aus Seenot Gerettete
- 22 tage-
- 23 und wochenlang auf einen sicheren Hafen warten. Die Einigung vom 23. September hat sich in
- 24 Luft aufgelöst.
- 25
 - libysche Milizen bedrohen weiterhin Europäische Rettungsschiffe, wie zuletzt die "Alan Kurdi", deren Rettungsoperation durch Warnschüsse gefährdet wurde
- 26
 - Der deutsche Innenminister forderte kurz nach dem Angriff auf zivile Seenotrettung
 - 27 einen Verhaltenskodex für Hilfsorganisationen statt einen Kodex für die gewalttätigen
 - 28 Milizen
- 29
 - Nach seiner konstruktiven Rolle in den vergangenen Monaten beim Abschluss des Malta-
 - 30 Deals tritt der deutsche Innenminister nun wieder für Asylverfahren an den
 - 31 Außengrenzen ein statt für eine schnelle Verteilung von Asylsuchenden. Damit nehmen er

und die Bundesregierung in Kauf, dass unmenschliche Situationen an den Außengrenzen und Hafenschließungen durch Küstenstaaten verstetigt werden.

- In den letzten Wochen wurde offensichtlich, dass der EU-Mitgliedsstaat Malta gezielt libysche Milizen informiert, um Menschen aus der eigenen Seenotrettungszone nach Libyen verschleppen zu lassen. Das verstößt offensichtlich gegen internationales Recht und europäische Werte.

Deswegen setzen wir als Bündnis 90/Die Grünen uns dafür ein, dass:

1. ... der Mangel an staatlicher Seenotrettung endlich beendet wird. Es ist eine Frage des politischen Willens: Wer Menschen in Not helfen will, sollte das auch auf dem Mittelmeer tun. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wenn tausende Menschen jedes Jahr sterben. Es ist an der Zeit, nicht nur die Hilfsorganisationen ideell zu unterstützen, sondern als EU selbst aktiv zu werden und endlich ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen. **Solange sollen die Bundesregierung und die Bundesländer selbst einen aktiven Beitrag zur Seenotrettung leisten und alle Möglichkeiten einer konkreten Unterstützung prüfen.**

2. ... die Bundesregierung und die Europäischen Institutionen sich für eine aufgeklärte Politik einsetzen, damit aus Seenot Gerettete und Hilfsorganisationen dabei unterstützt werden, **schnellstmöglich in einen sicheren Hafen einfahren zu können und von dort aus operieren zu können.** Das Scheitern einer gemeinsamen Europäischen Asylpolitik und die Handlungsunfähigkeit von Staats- und Regierungschefs darf nicht länger auf dem Rücken der Schwächsten und der humanitären Hilfe ausgetragen werden. Statt den Hilfsorganisationen durch einen "Verhaltenskodex" zusätzliche Steine in den Weg zu legen, sollte man eher über einen Kodex für die libysche Küstenwache reden. Informationen über Seenotrettungsfälle müssen öffentlich zugänglich gemacht werden, insbesondere die Schiffe im Umfeld sollten im Sinne des internationalen Rechts schnellstmöglich Informationen über Seenotrettungsfälle bekommen, um Rettungsaktionen einleiten zu können. Auch Frontex darf nicht länger dazu beitragen, dass Rettungen verzögert werden.

3. ... **eine schnelle Verteilung der Menschen, die an den europäischen Außengrenzen ankommen**

62 **und Asyl beantragen wollen, sichergestellt wird.** Nur durch eine schnelle
Verteilung
63 kann die Verantwortung für die Asylverfahren gerechter verteilt werden und
unwürdige
64 Situationen wie auf den griechischen Inseln vermieden werden. Dabei muss die
65 Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Asylsuchende an den Außengrenzen
Europas
66 müssen zuverlässig registriert und erstversorgt sowie ihre Daten abgeglichen
werden.
67 Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren und
gemeinschaftlich
68 vor Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel schützen. Die Vermengung dieser
wichtigen
69 grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen Asylpolitik und
Flüchtlingsaufnahme
70 ist jedoch zutiefst unseriös und politisch fahrlässig. Die europäische
71 Flüchtlingspolitik lässt sich nicht über Grenzkontrollen lösen oder gestalten.
72 Grenzschutz darf nicht bedeuten, dass niemand mehr reinkommt. Externalisierung
von
73 Lagern, Pre-Screenings, Hotspots oder geschlossene Lager an den Außengrenzen
sowie
74 Auffang- und Transitzentren jenseits der Außengrenzen lehnen wir ab. **Außerdem
müssen**
75 **die Spielräume zur Aufnahme von Geflüchteten in aufnahmebereiten
Regionen,**
76 **Bundesländern und Kommunen genutzt und erweitert werden.** Dafür sollen
die Länder-
77 Aufnahmemöglichkeiten zum Beispiel im Rahmen des §23(1) Aufenthaltsgesetzes
ausgenutzt
78 werden.

79 4. **... sichere und legale Fluchtwege geschaffen werden.** Wir befürworten eine
Ausweitung der
80 Resettlement und Relocationprogramme, aber auch der
Landesaufnahmeprogramme. Die EU-
81 Länder müssen ihren Anteil an dem jährlichen, vom UNHCR ermittelten
Resettlement-
82 Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Das individuelle Asylrecht wird
83 dadurch nicht angetastet. So nehmen wir unsere humanitäre Verantwortung
gegenüber
84 besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr – beispielsweise aus UN-
85 Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei. Zugleich wollen wir die
86 Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte wieder grundrechtskonform
ermöglichen
87 und setzen uns für humanitäre Visa ein. Die Möglichkeit der Kommunen und
Bundesländer,
88 eigenständig Hilfe zu leisten und Menschen aufzunehmen sollten deutlich

verbessert
werden.

- 89
- 90 5. **...der Schengen-Kodex eingehalten wird.** Völkerrechtlich unzulässige
- 91 Zurückweisungen
- 92 von Geflüchteten an den innereuropäischen Schengen-Grenzen darf die EU nicht
- 93 weiter
- 94 akzeptieren. Sie muss sicherstellen, dass in den EU-Staaten sowohl an den
- 95 innereuropäischen als auch Außengrenzen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit
- 96 gewährleistet werden.
- 97
- 98 6. **... die Finanzierung und Ausbildung libyscher Milizen beendet wird,** so lange
- 99 ihre
- 100 Schiffe sich nicht an internationales Recht halten und Menschen an den Ort
- 101 zurückbringen, von dem sie gerade fliehen mussten. Im Gegensatz zu
- 102 Hilfsorganisationen
- 103 sind die EU-geförderten libyschen Milizen weder gute Seenotretter, noch sind sie für
- 104 die Seenotrettung ausgerüstet. Trotz dreistelliger Millionenförderung durch die EU
- gibt
- es an Bord der Milizen nicht einmal Schwimmwesten für die Rettung. In Libyen
- selbst
- sind Geflüchtete einer unmenschlichen und ausweglosen Lage ausgesetzt, mit
- Gefangenenlagern, willkürlichen Erschießungen, Vergewaltigungen und Sklaverei.
- Die
- Bundesregierung muss sich deshalb viel stärker mit eigenen Kontingenten für die
- Notevakuierung von Flüchtlingen aus den libyschen Gefangenenlagern einsetzen.

JA zu schnellerem und besserem Klimaschutz – NEIN zum Abbau von Bürgerrechten und zur Beschneidung der Beteiligungsrechte von Umwelt- und Naturschutzverbänden



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 11. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Eckhard Bock (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen möge beschließen:
- 2 1. B90/Die Grünen lehnen die Beschneidung der Rechte der Bürger und der Umwelt- und
- 3 Naturschutzverbände im Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und
- 4 Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und im Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von
- 5 Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich entschieden ab
- 6 2. Die Landesverbände von B90/Die Grünen werden dringend gebeten, diesen Gesetzen und
- 7 folgenden Maßnahmegesetzen im Bundesrat die Zustimmung zu verweigern.
- 8 3. Die Bundestagsfraktion von B90/Die Grünen wird dringend gebeten, diesen Gesetzen und
- 9 folgenden Maßnahmegesetzen im Bundestag die Zustimmung zu verweigern.
- 10 4. B90/Die Grünen fordern die Bundesregierung auf,
- 11 • eine rasche und vollständige Digitalisierung aller Verfahrensschritte von der Planung,
- 12 über die Genehmigung bis hin zum Bau einer Infrastrukturmaßnahme herbeizuführen,
- 13 • für eine rasche Aufstockung der Planungs-, Genehmigungs- und Baukapazitäten für den
- 14 Aus/Neubau von Infrastrukturmaßnahmen zu sorgen,
- 15 • für eine rechtzeitige Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen sowie eine
- 16 verzögerungsfreie Bereitstellung von Finanzmitteln zu sorgen,
- 17 • eine Evaluation von Planungs- und Bauprozessen durchzuführen und notwendige
- 18 strukturelle Veränderungen auf Vorhabenträgerseite zu erreichen,
- 19 um den Zeitbedarf für Erstellung von Infrastrukturmaßnahmen auch ohne die Beschneidung der
- 20 Rechte der Bürger und der Umwelt- und Naturschutzverbände drastisch kürzen zu können.

Begründung der Dringlichkeit

Das Bundeskabinett hat am 6. November – und damit nach Ablauf der regulären Antragsfrist zur BDK - zwei Beschleunigungsgesetze beschlossen, mit denen die Planung und Genehmigung von Infrastrukturvorhaben beschleunigt werden soll.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/kabinettsitzungen/themen-im-bundeskabinett-ergebnisse-1688840>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/planungsbeschleunigungsgesetz-1688878>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundestkanzleramt/genehmigungen-beschleunigen-1688872>

Mit dem Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich (Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz - MgvG)

<https://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2019/0501-0600/0579-19.html>

und dem Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich

<https://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2019/0501-0600/0582-19.html>

soll eine Verfahrensbeschleunigung durch die Wiedereinführung der Präklusion (verspätete Einwendungen bleiben unberücksichtigt) und einer Maßnahmengenehmigung durch Gesetz erreicht werden, d.h. durch die Streichung von Beteiligungsrechten von Bürgern und Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie durch Eliminierung einer verwaltungsgerichtlichen Kontrolle von Genehmigungsentscheidungen. Damit soll die Aarhus-Konvention und die Rechtsprechung des EuGH unterlaufen werden.

Die Entwürfe beider Gesetze wurden bereits dem Bundesrat zugeleitet und sollen beschleunigt behandelt werden. Beide Gesetze verletzen grundlegende grüne Grundsätze. Mit einer kurzfristigen klaren Positionierung der BDK besteht noch die Chance, diese Gesetze abzuwenden.

Begründung

Begründung:

1. B90/Die Grünen ist eine Partei für die Sicherung und Stärkung von Bürgerrechten, aber nicht für deren Abbau und Schwächung. Im Grundsatzprogramm 2002 von B90/Die Grünen
<https://cms.gruene.de/uploads/documents/Grundsatzprogramm-2002.pdf>
heißt es u.a.
„Unsere Ziele sind die Stärkung des liberalen Rechtsstaates als Inbegriff von Freiheits- und Bürgerrechten, der Ausbau der Bürgerbeteiligung, ... und neue Wege der demokratischen Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft.“
„Die Qualität unserer Demokratie beruht dabei nicht zuletzt auf dem Engagement der Bürgerrechts- und Demokratiebewegungen in Ost und West, in dem eine Wurzel unserer Partei liegt.“
„Eine moderne Bürgerrechtspartei muss die Rechte der Bürgerinnen und Bürger nicht nur gegen Zugriffe des Staates verteidigen und schützen, sondern auch gegenüber mächtigen nichtstaatlichen wirtschaftlichen Akteuren sichern.“
„Bündnisgrüne Politik steht in der Tradition des Rechtsstaatsliberalismus, in der den Freiheits- und Verfahrensrechten ein hoher Rang zukommt. Die Freiheits- und Bürgerrechte sichern als Abwehrrechte gegen den Staat die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger.“

Grüne Grundüberzeugungen sind weder verhandelbar, noch verkäuflich.

1. Die Gesetzesvorhaben werden von nahezu allen Natur- und Umweltschutzverbänden entschieden abgelehnt:
<https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/kommentar-wer-sich-nicht-an-umweltrecht-halten-moechte-schraenkt-das-klagerecht-ein/>

<https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/politik/weser-vertiefung-klage-verbot-100.html>
<https://www.naturfreunde.de/finger-weg-von-der-verbandsklage-fuer-natur-und-umweltschutzverbaende>
<https://www.dnr.de/presse/pressemitteilungen/pm-2019/ genehmigungsbeschleunigung/>
<https://www.ufu.de/stellungnahme-zum-gesetzesentwurf-zur-vorbereitung-der-schaffung-von-baurecht-durch-massnahmengesetz-im-verkehrsbereich/>
https://www.ufu.de/wp-content/uploads/2016/10/Stellungnahme_DNR_UfU_DUH_Genehmigungsbeschleunigungsgesetz_10--2019.pdf
<https://www.nabu.de/news/2018/07/24831.html>

1. Auch von unabhängigen Juristen, grünen Politikern und Bloggern werden schwere Bedenken gegen Scheuers Gesetze geäußert:
<https://verfassungsblog.de/rechtsschutz-gegen-verkehrsprojekte-als-stoerfaktor-einer-politik-der-maximalen-beschleunigung/>
<https://www.mittelbayerische.de/politik-nachrichten/bahnausbau-kommen-anlieger-zu-kurz-21771-art1845759.html>
<https://www.nachdenkseiten.de/?p=56213>
1. Das BMVI wird durch das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates das Maßnahmengesetz zu ändern. Das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz ist ein Trojanisches Pferd, durch nachträgliche Änderung der Projektliste kann das BMVI jederzeit die Voraussetzung schaffen, damit auch andere Infrastrukturvorhaben wie Straßen, Autobahnen, Flughäfen, Kraftwerke und andere industrielle Anlagen per Maßnahmegesetz beschlossen werden.
2. Das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz (1991), die Verkehrsmaßnahmengesetze (1993), das Gesetz zur Beschleunigung von Planverfahren zu Infrastrukturvorhaben (2006), das Planungsvereinheitlichungsgesetz (2013), das Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz (2018) sowie die beiden jetzigen Gesetzesentwürfe sind von der Vorstellung geleitet, dass sich die Planung, die Genehmigung und der Bau eines Projekts allein dadurch beschleunigen ließe, indem den Bürgern und Umwelt- und Naturschutzverbänden ihre Rechte nimmt.
Wie wenig effektiv die „Beschleunigungsgesetzgebung“ ist, zeigt sich beispielhaft an den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit, die im Jahr 1991 vom Bundestag beschlossen wurden: viele Projekte wurden verspätet realisiert oder sind auch bis heute, nach mehr als 25 Jahren, noch nicht fertig.
Im Verkehrsinvestitionsbericht 2016
https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/verkehrsinvestitionsbericht-2016.pdf?__blob=publicationFile
sind zahlreiche Gründe für Projektverzögerungen detailliert aufgelistet, von verzögert abgeschlossenen Finanzierungsvereinbarungen, Bauzeiten von über 15 Jahre bis zu verspätetem Baubeginn bis zu 10 Jahren nach rechtskräftigem Planfeststellungsbeschluss.
Der Europäische Rechnungshof hat in seinem Sonderbericht über das europäische Hochgeschwindigkeitsschienennetz (TEN-T)
https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR19_06/SR_High_Speed_Rail_DE.pdf
den Planern ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt:
„Seit dem Jahr 2000 hat die EU 23,7 Milliarden Euro in Infrastruktur für den Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr investiert. Statt eines realistischen langfristigen EU-Plans für den Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr gibt es einen unwirksamen Flickenteppich aus Strecken der einzelnen Mitgliedstaaten. Diese sind nicht gut miteinander verknüpft, weil die Europäische Kommission nicht über die rechtlichen Instrumente oder Befugnisse verfügt, um die Mitgliedstaaten dazu zu zwingen, die vereinbarten Strecken zu bauen... Die Nachhaltigkeit ist gering, den

Investitionen fehlt es an Wirksamkeit, und der EU-Mehrwert ist bei drei von sieben fertiggestellten Strecken mit geringen Fahrgastzahlen gefährdet. So besteht ein hohes Risiko, dass EU-Kofinanzierungsmittel in Höhe von 2,7 Milliarden Euro unwirksam verwendet werden.“

1. Das Argument der Beschleunigung des Klimaschutzes durch diese Gesetze wird von der GroKo als unglaubliche Ausrede mißbraucht, um einen Kahlschlag bei den Mitwirkungs- und Rechtsschutzmöglichkeiten von Bürgern und Umwelt- und Naturschutzverbänden durchzuführen. Verfahrensbeschleunigung ist aber auch ohne Beschneidung von Rechten möglich. Dazu hat der z.B. BUND ein Konzept vorgelegt:
https://www.stephankuehn.com/fileadmin/user_upload/180604_Dr_Werner_Reh_BUND_Vorschlaege_Oeffentlichkeitsbeteiligung-_Zur_Beschleunigung_Verbesserung_und_Legitimation_von_Planungen.pdf

weitere Antragsteller*innen

Susanne Höpler (KV Ebersberg); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Reinhard Oellerer (KV Ebersberg); Angie Weber-Streibl (KV Böblingen); Tanja Paschek (KV Rhein-Hunsrück); Helga Stieglmeier (KV Erding); Joachim Schätzle (KV Böblingen); Andreas Roll (KV Rhein-Hunsrück); Thomas Mütze (KV Aschaffenburg-Stadt); Ulli Frank-Mayer (KV Erding); Petra Herter (KV Böblingen); Hans-Michael Fürst (KV Dahme-Spreewald); Cornelia Eppe (KV Böblingen); Andreas Rieger (KV Dahme-Spreewald); Anke Remus (KV Ebersberg); Stefan Brandes (KV Oder-Spree); Helmut Obermaier (KV Ebersberg); Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald); sowie 3 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.